

N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Sozialausschusses Nr. I/2003,
am Mittwoch, 05.02.2003, 16:00 Uhr,
Ort: Volkshochschule, Wehringhauser Str. 38 (Villa Post)**

Anwesend waren:

a) die Mitglieder des Rates

Frau Oestereich als Vorsitzende
Frau Bada-Huschka
Frau Dannert
Herr Dücker
Frau Huvers
Frau Kurte
Frau Kuschel
Herr Röspel
Herr Schellhorn
Herr Söhnchen
Herr Timm

b) die Stellvertreter des Rates

c) die Ausschussmitglieder

Herr Kohaupt
Herr Meier
Herr Stacheter

d) die stellvertretenden Ausschussmitglieder

Herr Halbeisen

e) sachkundige Einwohner

Herr Haensel
Frau Schmidt
Herr Denecke
Herr Puder fehlte entschuldigt

f) von der Verwaltung

Herr Dr. Schmidt	Dezernat für Umwelt, Gesundheit, Jugend, Soziales und Verbraucherschutz
Herr Steuber	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Qwitter	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Reichert	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Stüwe	Fachbereich Jugend und Soziales
Herr Walther	Gesundheitsamt

g) Frau Krause als Schriftführerin

Inhaltsverzeichnis

TOP	Stichwort	
1.	Mitteilungen	S. 4
2.	Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter-/in	S 4
3.	Antrag Bündnis 90/Die GRÜNEN gem. § 6(3) der GeschO hier: Pauschalierte Bekleidungshilfe für Sozialhilfeempfänger -Ratsbeschluss vom 12.12.02 - (RAT 100149/02)	S. 5
4.	Psychiatrische Versorgung in Hagen - Zwischenbericht -	S. 5/6
5.	Bericht des DW zur Arbeit der Streetworkerin im Bereich Obdachlosenarbeit	S. 6/7
6.	Konzept zur Unterbringung von Asylbewerbern - Umbaumaßnahmen im Bereich Loxbaum und Posener Straße	S. 7/8
7.	Qualifizierungsmaßnahme des „Hagener Forum Beschäftigte e. V.“ für arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen („Training on the Job“) - Erfahrungs- und Abschlussbericht -	S. 8
8.	Budgetverträge mit den Wohlfahrtsverbänden, den Verbänden und den freien Trägern der Jugendhilfe hier: Bericht über die ausgehandelten Einsparmöglichkeiten - Ergänzungsblatt „Gespräch mit dem DRK“	S. 9/10
9.	Anfragen der Mitglieder des Sozialausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates	S. 10

Frau Oestereich eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr.

1. Mitteilungen

Herr Steuber informiert darüber, dass der Oberbürgermeister der Öffentlichkeit den erfolgten Umbau des Männerasyls am 25.02.2003 um 14:30 Uhr vorstellen wird.

Die Mitglieder des Sozialausschusses werden dazu eingeladen.

Anmerkung der Schriftführerin: Mittlerweile wurde mir mitgeteilt, dass dieser Termin vom 25.02.2003 auf den 06.03.2003 um 15:00 Uhr verschoben wurde.

Weiterhin teilt Herr Steuber mit, dass ein Gespräch mit dem Arbeitsamt stattgefunden habe. Es ging darum, eine gemeinsame Anlaufstelle mit der Zielgruppe besonders der jungen Menschen in Form eines JOB-Centers zu etablieren. Ein weiteres Gespräch wird in der nächsten Woche folgen.

Herr Reichert berichtet aus der Grundsicherung, dass 722 laufende Fälle aus der Sozialhilfe übernommen wurden. Es gab 66 neue Fälle.

In 164 Fällen musste eine Ablehnung ausgesprochen werden. 1147 Fälle wurden beraten, ohne dass es zu einer Antragstellung kam. Auf Grund der Antragsflut sind noch 1399 Fälle zu bearbeiten. In 5 Fällen wurde vom Rententräger ein Gutachten erbeten.

Bezugnehmend auf den Tagesordnungspunkt 6 (- Umbaumaßnahmen im Bereich Loxbaum und Posener Straße -) informiert Herr Haensel darüber, dass der Umbau des Gemeindezentrums am Montag beginnt.

Frau Oestereich merkt an, dass inzwischen ein sachkundiger Bürger für Herrn Sigurd Lobe bei der CDU - Fraktion eingetroffen ist.

Sie begrüßt Herrn Stacheter und stellt fest, dass sie ihn noch verpflichten muss, da er noch in keinem anderen Ausschuss verpflichtet worden ist.

Die Anwesenden werden gebeten, sich zu erheben und die Vorsitzende verpflichtet Herrn Stacheter, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

2. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter-/in

Frau Oestereich geht davon aus, dass es gegen den Beschlussvorschlag keinen Widerspruch gibt. Sie stellt fest, dass es so ist.

Der Sozialausschuss bestellt

**Frau Sabine Krause
und als ihren ersten Vertreter
Herrn Mario Schöffler**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

**3. Antrag Bündnis 90/Die GRÜNEN gem. § 6(3) der GeschO
hier: Pauschalisierte Bekleidungshilfe für Sozialhilfeempfänger
- Ratsbeschluss vom 12.12.02 - (RAT 100149/02)**

Frau Oestereich merkt an, dass es sich hierbei um eine Rücküberweisung an den Sozialausschuss durch den Rat handelt.

Herr Halbeisen erläutert den Antrag und stellt abschließend die Frage an die Verwaltung, wenn die Sätze für Bekleidung im alten Jahr bedarfsdeckend waren, wie sich dann diese beträchtliche Einsparung rechtfertigen lässt.

Er schlägt im Namen seiner Fraktion vor, die Absenkung rückgängig zu machen und es auf dem alten Level zu belassen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es für die Mitglieder des Ausschusses wichtig sei, zu erfahren, an welcher Stelle Hagen im Vergleich zu anderen Städten steht. Zu dieser Frage nimmt Herr Reichert Stellung.

Er berichtet von einer Umfrage, die zu der Frage führte, ob Hagen mit seinen Sätzen nicht zu hoch liege. Im Vergleichsring der Großstädte ergab sich, dass Hagen über den Sätzen ringsum lag. Herr Reichert stellt fest, dass es im Bereich des Bekleidungskaufes möglich ist, den Bedarf mit den jetzigen Sätzen zu decken. Es habe eine fast 100%-ige Zustimmung der Sozialhilfeempfänger für die Pauschalierung der Bekleidungsbeihilfe gegeben. Hagen liege nach wie vor im Mittelfeld. Rechtsbehelfe seien seit dem 01.10.2002 erst in zwei Fällen eingelegt worden.

Frau Oestereich möchte von Herrn Halbeisen wissen, ob der Antrag aufrechterhalten wird.

Herr Halbeisen beantragt, die Herabsetzung zurückzunehmen.

Die Vorsitzende fragt, ob es hierzu Stellungnahmen der Fraktionen gibt. Sie stellt fest, dass das nicht der Fall ist und stellt den Antrag zur Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	dafür	1
	dagegen:	14
	Enthaltungen:	-

damit abgelehnt.

Frau Oestereich schlägt vor, in einem Jahr einen Erfahrungsbericht der Verwaltung vorzulegen.

4. Psychiatrische Versorgung in Hagen - Zwischenbericht -

Herr Walther weist darauf hin, dass dem Ausschuss vor ca. 10 Jahren zum letzten Mal umfassend über die psychiatrische Versorgung in Hagen berichtet wurde. Damals beschränkte sich der Bericht auf die Aussage, „Was haben wir für Angebote?“ Die Frage des Bedarfes wird daher in dem jetzigen Zwischenbericht zum ersten Mal aufgegriffen.

Er beschreibt bestehende Schwierigkeiten. Zunächst hinkt die Entwicklung der Psychiatrie in Deutschland hinter der internationalen Entwicklung ca. zwei Jahrzehnte hinterher. Daneben gibt es das Problem der Finanzierbarkeit der notwendigen Bedarfe. Weiterhin stellt er die Frage in den Raum, inwieweit Psychiatrie in unserer Gesellschaft überhaupt akzeptiert wird.

Ergänzend weist Herr Walther auf eine Zuständigkeitsverlagerung hin. Ab dem 01.07.2003 wird der Landschaftsverband für sämtliche Maßnahmen im Bereich der Eingliederungshilfe Kostenträger sein. Bisher waren die Kommunen zuständig.

Diese Regelung soll zunächst für die Dauer von 7 Jahren gelten. Dann soll überprüft werden, ob es bei der Zuständigkeitsregelung bleiben soll.

Herr Röspel spricht in diesem Zusammenhang die knappen Finanzmittel des Landes an und äußert den Wunsch, dass Entscheidungen, die im Bereich des Ambulant Betreuten Wohnens notwendig werden, nach Hilfeplangründen getroffen werden. Dabei sollten fachliche Aspekte relevant sein und nicht finanzielle Gründe im Vordergrund stehen.

Frau Oestereich stellt die Frage, inwieweit die Planungen im ambulanten und stationären Bereich realisiert werden können.

Herr Walther führt hierzu aus, dass bei vorliegenden Beschlüssen eine Umsetzung erfolgt. Hagen hat in diesem Zusammenhang den Vorteil der "Unterdeckung". Eine örtliche Versorgung ist vom Landschaftsverband gewollt, wird zukünftig aber nicht in allen Fällen gewährleistet sein können.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich die Herren Halbeisen, Steuber, Haensel und Dr. Schmidt.

Herr Dr. Schmidt schlägt abschließend vor, in der letzten Sitzung des Ausschusses vor den Sommerferien über den Stand der Entwicklung berichten zu lassen.

In der ersten Sitzung nach den Ferien müsste dann der Bericht fertig vorliegen.

Dieser Vorschlag wird von den Ausschussmitgliedern begrüßt.

Frau Oestereich stellt fest, dass der Sozialausschuss den Zwischenbericht damit zur Kenntnis genommen hat.

5. Bericht des DW zur Arbeit der Streetworkerin im Bereich Obdachlosenarbeit

Frau Oestereich stellt dem Ausschuss die Streetworkerin des Diakonischen Werkes, Frau Wuske, vor, die Mitte März letzten Jahres ihre Arbeit aufnahm und bedankt sich bei ihr für den vorliegenden Erfahrungsbericht.

Vorab weist Herr Haensel darauf hin, dass die Meldungen in Zeitungsberichten, dass die Obdachlosenzahlen sich deutlich verringert hätten, von ihm nicht nachvollzogen werden können. Der Personenkreis der Obdachlosen sei größer als die Zahl, die statistisch erfasst würde. Grauzonen seien mit zu berücksichtigen. Weiterhin bittet Herr Haensel um Entschuldigung für die Anmerkung auf Seite 6 der Vorlage bezüglich der Zusammenarbeit mit einzelnen Sachbearbeitern der Regionalen Sozialen Dienste.

Anschließend berichtet Frau Wuske über die Probleme ihrer Tätigkeit.

Die Menschen, die sie mit ihren Hilfsangeboten erreichen wolle, seien sehr zurückhaltend, ihre Probleme anzugehen. Deren Motivation sei nur sehr schwierig, und vor allen Dingen langwierig zu heben. Vorhandene Hilfen würden teilweise nicht angenommen.

Herr Stüwe führt aus, dass ein Arzt sein Angebot zu regelmäßigen Untersuchungen im Männerasyl zurückgenommen hat.

Herr Haensel berichtet von der Lutherkirche, wo es auch vieler Überzeugungsarbeit bedarf, dass die Angebotshilfen in Anspruch genommen werden.

Aus der anschließenden Diskussion, an der sich auch Herr Meier, Frau Kurte, Herr Röspel, Herr Kohaupt, Herr Steuber und Dr. Schmidt beteiligen, kristallisiert sich heraus, dass sich eine Veränderung in der Hilfelandschaft ergeben hätte. Der „aufsuchende Charakter“ gewinne immer mehr an Bedeutung.

Herr Dr. Schmidt verspricht abschließend, dass Thema der medizinischen Versorgung vor Ort noch einmal aufzugreifen und ein Gespräch mit Dr. Bent zu führen, um eine Lösung zu finden.

Herr Röspel regt an, die Träger der Sozialstationen anzusprechen. Er weist außerdem auf das Problem der „Verdrängungstaktik“ von Polizei und Ordnungsbehörde hin. Frau Wuske betont, dass auch für diesen Personenkreis Geselligkeit sehr wichtig ist. Es erschwere natürlich den Zugang zu den Gruppen, wenn sie immer wieder von ihren Treffpunkten vertrieben würden.

Herr Halbeisen schlägt vor, dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden diesen Konflikt zu schildern und den Ansatz der Straßensozialarbeit dort vorzustellen.

Frau Sauerwein als Vorsitzende dieses Ausschusses soll über die Fraktion Die Grünen gebeten werden, ihrem Ausschuss den vorliegenden Bericht vorzulegen.

Eventuell könne Frau Wuske hierzu eingeladen werden.

Herr Steuber weist auf Sensibilitäten im Umfeld des Männerasyls hin, die jedoch durch den Dialog der Leitung deutlich entschärft werden konnten. Durch den Umbau werde sich ein neues Bild ergeben, das sich auch positiv auf die Umgebung auswirken wird.

Frau Oestereich stellt die Frage, ob es im Bereich „der aufsuchenden Arbeit“ auch ehrenamtliche Helfer gibt.

Frau Wuske hofft, über die Kirchengemeinden ehrenamtliche Helfer zu finden.

Die Vorsitzende betont, wie sehr sie die ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich der offenen Obdachlosenarbeit schätze.

Herr Haensel verweist darauf, dass es zurzeit **einen** ehrenamtlichen Helfer gibt, der einmal wöchentlich aktiv ist. Es wäre sinnvoll, diesen über seine Erfahrungen berichten zu lassen. Dieses schaffe Brücken.

Frau Oestereich stellt fest, dass der Ausschuss den Erfahrungsbericht zur Kenntnis genommen hat.

6. Konzept zur Unterbringung von Asylbewerbern - Umbaumaßnahmen im Bereich Loxbaum und Posener Straße

Frau Oestereich äußert sich sehr zufrieden über die Vorlage. Sie entspreche dem Antrag und den Vorstellungen des Ausschusses. Sie sei insgesamt stimmig.

Sie geht davon aus, dass der Ausschuss diesem Beschlussvorschlag zustimmt und bittet, das vorgelegte Konzept so umzusetzen.

Herr Halbeisen pflichtet der Aussage bei.

Er bittet um eine Erklärung zu Anlage 2 der Vorlage, da diese nicht verständlich sei.

Herr Stüwe erklärt dazu, dass es sich um ein vorgeschriebenes Formular zur Personalsituation handelt. Aus der Anlage 2 ergeben sich Einsparungen im Hausmeisterbereich. Dort können 1 ½ Stellen wegfallen.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich Herr Kohaupt, Herr Röspel, Frau Kurte, Frau Oestereich, Herr Steuber und Herr Dr. Schmidt.

Frau Oestereich stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das vorgelegte Unterbringungskonzept umzusetzen

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	dafür	14
	dagegen:	-
	Enthaltungen:	1

damit angenommen.

**7. Qualifizierungsmaßnahme des „Hagener Forum Beschäftigte e. V.“ für arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen („Training on the Job“)
- Erfahrungs- und Abschlussbericht -**

Frau Oestereich begrüßt den Leiter des Hagener Forums Beschäftigung (HFB), Herrn Martin Partner, und bittet ihn um seinen mündlichen Bericht.

Herr Partner stellt das HFB vor und berichtet über ein Eingliederungsprojekt von beschäftigungslosen Sozialhilfeempfängern namens "Training on the Job", das in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend & Soziales gelaufen ist.

Das Projekt war sehr erfolgreich und kann eine Vermittlungsquote von über 50% aufweisen.

Es gibt keine klassischen Berufsgruppen in der Förderung. Bei einem Pool von 30 - 40 Betrieben geht es quer Beet durch die Wirtschaftslandschaft.

An dem anschließenden Gespräch beteiligten sich Frau Kurte und die Herren Steuber und Halbeisen.

Herr Röspel lobt diese Maßnahme als gelungenes positives Beispiel, Hilfeempfänger in Arbeit zu bringen.

Er greift den letzten Abschnitt der Vorlage auf und bittet die Verwaltung, frühzeitig eine Vorlage zu erstellen, damit der Ausschuss darüber beraten und beschließen kann, dass diese Maßnahme ihre Fortsetzung findet.

Abschließend äußert Herr Steuber seine Freude über die Partnerschaft der Stadt Hagen mit dem HFB. Dies sei die Basis für erfolgreiche Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Das Ergebnis sei sensationell für Hagen.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Partner.

Sie stellt fest, dass der Ausschuss den Bericht des Hagener Forums Beschäftigung e. V. zur Kenntnis genommen hat.

Ergänzend bedankt sich Frau Oestereich ausdrücklich auch bei Frau Wuske für ihren Bericht.

8. Budgetverträge mit den Wohlfahrtsverbänden, den Verbänden und den freien Trägern der Jugendhilfe
hier: Bericht über die ausgehandelten Einsparmöglichkeiten
- Ergänzungsblatt „Gespräch mit dem DRK“

Herr Quitter erläutert die Vorlage.

Im Namen der CDU-Fraktion bedankt sich Herr Röspel bei den Trägern für die konstruktive Mitarbeit.

Herr Schellhorn schließt sich dem Dank an, weist jedoch in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Wohlfahrtsverbände Einschränkungen in ihrer Arbeit hinnehmen mussten und die Entwicklung in diesem Bereich perspektivisch immer enger wird. Die finanziellen Grenzen seien erreicht.

Frau Oestereich stellt fest, dass sie nachgerechnet habe und in den Jahren 2002 - 2004 insgesamt auf eine 20%ige Einsparung gekommen sei. Sie betont, dass sie sehr froh sei, das Sparziel damit erreicht zu haben.

Beim Frauenhaus habe es eine Verlagerung der Bezuschussung gegeben, die zu einem großen Teil zu der Einsparung beiträgt.

Die Stadt Hagen hat mit der Frauenhausinitiative einen neuen Vertrag geschlossen, dessen Inhalt eine BSH-Förderung sei.

Herr Quitter weist darauf hin, dass dieser Vertrag das Werk von Herrn Ricke ist, der Ende letzten Jahres in den Ruhestand gegangen ist.

Die Sätze für Übernachtungskosten wurden angepasst. Da das Frauenhaus sehr viele auswärtige Gäste hat, wird es zu höheren Einnahmen und damit einem befriedigenden Ergebnis sowohl für das Frauenhaus als auch für die Stadt Hagen führen.

Auf die Frage von Herrn Halbeisen, wie sich die Kürzung bei der AWO im Jahre 2004 in Höhe von 15.000 € im Bericht der CDU-Fraktion erklärt

Herr Steuber mit, dass es sich hier um eine Personalanpassung handelt. Eine halbe Stelle wird zurückgefahren.

Frau Oestereich weist auf das Ergänzungsblatt der Vorlage hin, aus dem hervorgeht, dass für das DRK ab 2006 kein Zuschuss mehr für den Mahlzeitendienst auf Rädern fällig werden soll. Diese Zeitspanne sei sinnvoll, damit sich das DRK auf dem Markt etablieren könne, um dann zukünftig zuschussfrei agieren zu können.

Herr Haensel betont, dass die Einsparungen politischer Wille gewesen seien.

Weniger Geld bedeute zwangsläufig auch weniger Leistungen. Als positiv sei zu werten, dass Handlungsfelder nicht einfach eingestampft wurden.

Die Vorsitzende stellt abschließend den Erfolg der Verhandlungen fest.

Es wurde kein Rasenmäherprinzip angewandt.

Sie stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die dargestellten Einsparmöglichkeiten bei den Aufgabenfeldern in den Budgetverträgen sind in Ergänzungsverträgen mit den in Frage kommenden Trägern umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Anfragen der Mitglieder des Sozialausschusses gem. § 6 Abs. 8
der Geschäftsordnung des Rates**

keine

Ende der Sitzung um 18.00 Uhr

Vorsitzende

Schriftführerin

Gesehen:

Fachbereichsleiter